

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KIX/160

Bonn, den 12. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2 Die Aufgaben der Finanzpolitik in Staat und Wirtschaft 90

Stärkere Koordinierung der öffentlichen Haushalte erforderlich

Von Dr. Alex Müller, MdB

3 - 4 Ein Tag für das Kind 59

Zur Aktion: Frohe Kinder in aller Welt - für eine Welt ohne Grenzen

Von Barbara Portfeldt

5 Wertlose Dementis 28

Zur Informationspolitik der Bundesregierung

6 Unberechtigte Vorwürfe 40

Der Deutsche Mieterbund und der frühere

Bundeswohnungsbauminister Dr. Freusker

8 Frankreichs Außenpolitik 42

Ex-Ministerpräsident Reynaud übt harte Kritik an de Gaulle

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schöner

***** VORANKÜNDIGUNG *****

Der SPD-PRESSEDIENST veröffentlicht in der Ausgabe von Montag, den 15.6.1964, anlässlich der elfjährigen Wiederkehr des Volksaufstandes in Mitteldeutschland einen Artikel des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy BRANDT.

Die Aufgaben der Finanzpolitik in Staat und Wirtschaft

Von Dr. Alex Möller, MdB

Die Finanzwirtschaft ist Teilbereich und Mitträger der gebietskörperschaftlichen Wirtschaft, sie ist aber auch in besonderem Maße Gestalter der Volkswirtschaft. Die Finanzwirtschaft erstrebt mit ihren Mitteln neben dem marktwirtschaftlichen Ablauf eine finanzwirtschaftliche Gestaltung der Volkswirtschaft. Dabei setzt sie selbst erstrangig keine politischen Ziele, sondern sucht sie "ausserhalb". Hierbei ergibt sich ihre Aufgabe, solche Zielsetzungen zu erkennen und Methoden zur optimalen Verwirklichung zu entwickeln.

Die Finanzpolitik wirkt über die Einnahmen- wie auch über die Ausgabenseite. Jede Disposition kann für sich angewandt werden, mit anderen (z. B. marktwirtschaftlichen) Mitteln in Konkurrenz stehen oder ist mit ihnen zu kombinieren. Leitschnur bleibt, daß die Finanzpolitik der Forderung der "verhältnismäßigen Deckung allen Bedarfs" genügen muß. Unter Bedarf ist hier der Staatsbedarf ebenso zu verstehen wie der Bedarf der Einzelwirtschaften.

Sämtliche Glieder einer Volkswirtschaft, die öffentliche wie die private Wirtschaft, sind Teile eines Ganzen. Die Herstellung des bestmöglich auf die Anforderungen aller dieser Teile abgestimmten Bedarfsystems ist eine eminent politische Aufgabe.

* * *

Wenn wir unter Finanzpolitik nicht nur die quantitative und qualitative Änderung, sondern auch die politische (im weiteren Sinne auch wirtschaftspolitische) Steuerung der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand verstehen, so sind als Aufgabe der Finanzpolitik im Staat an erster Stelle zu nennen:

- 1) Die Sicherung des Finanzbedarfs zur Erfüllung genereller Zielsetzungen des Staates mit Hilfe einer entsprechenden Einnahmen- und Ausgabengestaltung.

Hier steht zunächst der sogenannte Gemeinschaftsbedarf im Vordergrund, der in hohem Maße ein politischer Bedarf ist, so daß sich immer wieder Tendenzen zur staats- oder gemeindeeigenen Übernahme zeigen. Die private Produktion wird durch eine öffentliche Produktion ergänzt.

Dann geht es um die Befriedigung der Gemeinbedürfnisse; der Staat organisiert die Bedarfsdeckung nach finanzwirtschaftlichen Grundsätzen. Er übt Konsumwirkungen aus und schafft eine Qualitätskontrolle.

Schließlich korrigiert er die marktwirtschaftliche Einkommensverteilung, aber auch die Vermögenslage. Steuerpolitik, staatliche Kreditpolitik und das Subventionswesen gewinnen dabei wachsende Bedeutung.

- 2) Das ständige Bestreben, eine gerechte und dem Wohle der Allgemeinheit dienende Relation zwischen den einzelnen Teilbereichen staatlicher Kompetenzen herzustellen, ist eine weitere wichtige Aufgabe der Finanzpolitik. Es darf auf keinem entscheidenden Gebiet zu einer Unterbilanz in der Aufgabenerfüllungen kommen. Die Aufwendungen für die Verteidigung, für Wissenschaft und Forschung, Erziehung, Verkehr, kommunale Aufga-

12. Juni 1964

- ben - um nur einige zu nennen - müssen flexibel den politischen und sozialen Notwendigkeiten angepaßt werden.
- 3) Desweiteren erwachsen der Finanzpolitik aus den im Grundgesetz enthaltenen Zielsetzungen zur sozialen Gerechtigkeit und allgemeinen Wohlfahrtsförderung zahlreiche Aufgaben.
 - 4) Das staatliche Entwicklungsprinzip, die Übernahme neuer Aufgaben durch Staat und Gebietskörperschaften und der technische Fortschritt stellen immer größere finanzielle Anforderungen.
 - 5) Im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt ergibt sich für unsere Finanzpolitik jetzt schon die Aufgabe, bei der Auswahl der Mittel auf die zukünftige größere Wirtschaftseinheit (und vielleicht sogar einmal Staatenverband) Rücksicht zu nehmen.

* * *

In der Wirtschaft hat die Finanzpolitik vor allem folgende Aufgaben:

- 1) Marktstabilisierung durch Subventionen als Preiskorrektur (häufig devisen- und exportpolitisch orientiert), Verbilligungen, Rückvergütungen und dergleichen mehr.
- 2) Ausgaben zum Zwecke der Kapitalversorgung (z. B. für den Wohnungsbau und für die Landwirtschaft), Begünstigung strukturell benachteiligter Wirtschaftszweige, um ihnen den Anschluß an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu verschaffen.
- 3) In neuerer Zeit sind die Arbeitsbeschaffung, die Sicherung der Vollbeschäftigung sowie die Preisstabilität in besonderem Maße Programmpunkte der Finanzpolitik geworden. Die sogenannte antizyklische Finanzpolitik zur Konjunktur Stabilisierung hat akute Bedeutung. In der Bundesrepublik gewann dieses Thema besondere Aktualität, weil die traditionelle Lenkungsfunktion der Zentralnotenbank in einem System der festen Wechselkursrelationen eingeschränkt zu sein scheint. Die Finanzpolitik ist dabei Teil der allgemeinen Wirtschaftspolitik; die fiskalische Aufgabe der Mittelbereitstellung tritt in den Hintergrund.

* * *

In der Bundesrepublik fordern gegenwärtig namhafte Instanzen und Sachverständige die Eindämmung des gefährlich errollenden Booms mit Hilfe finanzpolitischer Interventionen. Die Bundesbank empfiehlt eine antizyklische Verhaltensweise der öffentlichen Haushalte. Die wichtigsten, etwa 150 bis 200, öffentlichen Budgets müßten sich in ihrer Investitions- und Schuldenpolitik verstärkt den konjunkturellen Erfordernissen anpassen.

Ganz allgemein wäre eine stärkere Koordinierung der öffentlichen Haushalte in wirtschaftspolitischer Hinsicht wünschenswert. Wichtig ist die Frage, ob sich eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik bei den Ländern und Gemeinden erreichen läßt, d. h. wie in Rahmen unserer Verfassung die Gebietskörperschaften zu einem Gleichklang mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes kommen können.

+ + +

Ein Tag für das Kind

Zur Aktion: Frohe Kinder in aller Welt -- für eine Welt ohne Grenzen
Von Barbara Fortfeldt

Es gehört zu den Traditionen in der sozialdemokratischen Bewegung, alljährlich mit einem "Tag des Kindes" die Öffentlichkeit an die Wünsche und Probleme der jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft zu erinnern. Dieser Tag, der 1964 jeweils am 14. oder 21. Juni in allen Städten der Bundesrepublik mit festlich-fröhlichen Veranstaltungen begangen wird, zählt immer zu den Höhepunkten in der Arbeit der sozialistischen Jugendorganisation "Die Falken". Zu den Veranstaltungen, die in diesem Jahr unter dem Motto "Frohe Kinder in aller Welt -- für eine Welt ohne Grenzen" stehen, erwarten die "Falken" in der ganzen Bundesrepublik mehr als hunderttausend kleine Gäste.

Wir müssen mehr über unsere Kinder nachdenken

Man möchte dem "Tag des Kindes" eine Publicity wünschen, die weit über seinen Rahmen hinausgeht. Man möchte ihm wünschen, daß er mehr und mehr Leute zum Nachdenken bringt, zur Einsicht, zum Handeln. Denn wie unsere Gesellschaft heute den Kindern gegenübertritt, ist kein gutes Omen für die Zukunft.

Die Probleme der Erziehung in der modernen Industriegesellschaft beschäftigen die Experten in wachsendem Maße. Psychologen, Pädagogen, Soziologen, Mediziner, Sozialfürsorger leisten gründliche wissenschaftliche Arbeit. Sie waren es wohl, die unserer Zeit die Bezeichnung "Jahrhundert des Kindes" eintrugen, die man so häufig hört. Und in der Tat, sie sind zu ganz hervorragenden, neuzeitlichen Erkenntnissen und Methoden gelangt. Es gibt kaum noch eine Störung an Leib und Seele des Kindes, die nicht mit modernsten Mitteln zu beheben wäre.

Dem Griff der Experten entzogen

Doch die Ursachen dieser Störungen, die Quellen der Probleme die entziehen sich dem Griff dieser Experten. Der vielzitierte Begriff der "Entfremdung des Menschen in der Massengesellschaft" mag zur Erklärung ihrer Herkunft herhalten. Man kann es auch einfacher ausdrücken: Wir Erwachsenen haben keine Zeit und keine Nerven mehr für unsere Kinder; wir sind so sehr mit uns selbst beschäftigt, unserer Arbeit, unserem Fortkommen, unserem Prestige, wir sind so absorbiert von der hektischen Betriebsamkeit unseres Lebens, unterbrochen von Pausen voll schlaffer Langweile, daß es uns schwerfällt, Kontakt zur Welt des Kindes zu finden, die so ganz anders ist als unsere.

Wie muß es im Innern einer Gesellschaft aussehen, die ein Antikonzeptionsmittel als "Antibabypille" bezeichnet und das Entsetzliche dieses Wortes nicht spürt -- als wolle sie Babys wie Kopfschmerzen oder Grippe oder andere Übel mit einer Pille bekämpfen. Wie ist es möglich, daß auf unseren Straßen Tag für Tag Kinder totgefahren werden, ohne daß es uns sonderlich aufregt -- eine statistische Zahl, beinahe schon eine Selbstverständlichkeit? Wie ist es möglich, daß

ganze Stadtviertel gebaut werden, ohne daß Raum und Geld für einen Kinderspielplatz übrig sind? Wie ist es möglich, daß kaum ein Hotel bereit ist, Kinder aufzunehmen, kaum eine Gaststätte Speisen für Kleinkinder bietet? Wie erklärt sich der dunkle Blick voller Scheu und Mißtrauen und manchmal Auflehnung, mit dem so viele Kinder uns Große betrachten?

Sie verstehen uns nicht

Sie verstehen uns nicht. Zu oft werden sie weggeschickt, weil sie im Wege sind, angeschauzt, weil sie zu laut sind, vors Fernsehgerät gesetzt, damit sie "beschäftigt" sind, mit einem Eis abgefunden, damit sie "lieb" sind - und viel so oft erhalten sie unbefriedigende und gar keine Antworten auf die Fragen, die sie mit voller Berechtigung an uns stellen. Sie spüren viel deutlicher, als wir wahrhaben möchten, unsere Unzulänglichkeiten und Schwächen; wir aber wappnen uns gegen den Vorwurf in ihrem Blick mit der Autorität unserer Erwachsenenwelt, die Kinder nicht für voll nimmt.

Es sollte uns nicht genügen, am "Tag des Kindes" fröhliche Scharen über die Festwiesen toben zu sehen; wir müssen mehr tun, um das "Jahrhundert des Kindes" aus der Theorie in die Praxis zu führen.

+ + +

Wertlose Dementis

Zur Informationspolitik der Bundesregierung

so - Die Informationspolitik der Bundesregierung tut sich manchmal schwer; sie steht auch nicht immer unter dem Zeichen der Wahrhaftigkeit. Liegt es jeweils an den Ministern oder deren Sprecher? Das letzte Beispiel, wie man es nicht machen soll, bietet das Konsultationsgespräch am Vorabend der Kanzlerreise nach den USA zwischen dem französischen und dem deutschen Außenminister. Im Anschluß daran zickerten Meldungen in die Öffentlichkeit, denen zufolge die beiden Minister auch über die Gewährung von langfristigen Krediten an China gesprochen haben sollen. Fastige Dementis erfolgten von beiden Seiten, sowohl von Paris als auch von Bonn. Sie hielten nicht lange stand. Einige Tage später wurde von französischer Seite zugegeben, daß doch über China gesprochen wurde, auch über die Gewährung von langfristigen Krediten. Es blieb Bonn nichts übrig, als hier nachzuziehen. Unverständlich und unergründlich bleibt, warum es zu dem Dementi kommen mußte. Hielt man das China-Thema für zu explosiv? Oder wollte die Bundesregierung am Vorabend des Erhard-Besuchs die USA nicht verärgern, da man ja auch in Bonn weiß, daß die Ansichten der USA und Frankreichs über China nicht übereinstimmen? Doppelt peinlich muß es wirken, wenn auf dem Hweg über Paris die Dementis aus Bonn völlig, wie in diesem Fall geschehen, entwertet werden. Die Möglichkeit scheint nicht ausgeschlossen, daß der französische Außenminister seinen deutschen Kollegen durch die Bekanntgabe der Gespräche in der China-Prage festlegen wollte. Aber wie dem auch immer sei, an diesem besonderen Fall beweist sich wieder einmal: es ist besser, bei der Wahrheit zu bleiben, als über sie den Nebelschleier von Dementis zu verbreiten. Man soll unser Volk nicht für dumme verkaufen.

+ + +

Unberechtigte Vorwürfe

Der Deutsche Mieterbund und der frühere
Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker

rd. - In Lübeck-Travemünde hat der Präsident des Verbandes Deutscher Haus- und Grundeigentümer, der frühere Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker, seine Argumente zur Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung und zum Kündigungsrecht vorgetragen - und in Kiel tat das Ende letzter Woche gleichzeitig der Direktor des Deutschen Mieterbundes, der Diplomkaufmann Helmut Schlich. Dabei prallten die Argumente hart aufeinander und vor allem mit Preusker schien die Leidenschaft durchgegangen zu sein.

Jedenfalls muß der Deutsche Mieterbund nachdrücklich von Vorwürfen in Schutz genommen werden, die Preusker in Travemünde geltend machte. Er meinte, die Mieterorganisation unternehme eine "kollektivdiffamierung der Hausbesitzer", die von nationalsozialistischen Unrechtsstaat übernommen worden sei. Er erklärte ferner, die Mieterverbände sollten sich von der ständigen Zitierung im sowjetzonalen Rundfunk und Fernsehen distanzieren und steigerte sich zu der Behauptung, daß gewisse Organisationen "kommunistisch" unterwandert seien.

Das sind üble Vorwürfe des Verbandspräsidenten der Hausbesitzer und früheren Bundeswohnungsbauministers. Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß der Deutsche Mieterbund kommunistisch unterwandert ist, was jedes Verfassungsschutzamt sofort bestätigen kann. Es läßt Herrn Preusker vorbehalten zu erklären, wie man sich gegen die täglich in der Zonenpropaganda durchgeführten Verdrehungen des innerpolitischen Bildes der Bundesrepublik wehren soll und ob das überhaupt Zweck hat. Schließlich haben die - wenn auch oft scharf vorgetragenen - Argumente des Deutschen Mieterbundes noch längst nichts mit einer vom verbrecherischen Hitlerregime übernommenen kollektivdiffamierung zu tun. Das alles weiß Herr Preusker selbst und er sollte hier den Mund halten, um das gespannte Verhältnis zwischen Mietern und Hausbesitzern nicht noch weiter zu vergiften.

Vielleicht sollte man in diesem Zusammenhang dem Herrn Preusker noch einige Prophezeiehungen vorhalten. 1955 behauptete er, es werde bis 1957 in Deutschland keine Wohnungsnot mehr geben. Dann werde sein Ministerium überflüssig sein und er werde es auflösen.

Nun, sogar sein Nachfolger, Bundeswohnungsbauminister Lücke, ist noch im Amt und täte gut daran, genaue Erhebungen über einen echten Wohnungsgehlbestand anzustellen. Jedenfalls ist auch das Wort von Lücke, 1963 würden für einen großen Teil der Wohnungen die Mieten zwangsläufig heruntergehen, weil schon dann ein so großes Wohnungsangebot herrsche, eben so unerfüllt geblieben, wie das genannte von dem Vorgänger Preusker.

+ + +

Frankreichs Aussenpolitik

Ex-Ministerpräsident Reynaud übt harte Kritik an de Gaulle
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Aufsehen erregt Paul Reynauds neues Buch "Die Aussenpolitik des Gaullismus". Der greise Ex-Ministerpräsident der dritten Republik revidiert 1964 mit ungebrochenem jugendlichen Temperament die Argumente eines Großteils der demokratischen Opposition. Auf de Gaulles Satz "Frankreich ist nicht Frankreich, wenn es nicht in der ersten Reihe steht", erwidert Reynaud, daß dies heute nur noch für Kunst und Literatur gelten könnte. "Auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet aber kann Frankreich, wie übrigens auch England und Deutschland, nicht in einer Reihe mit den beiden Riesen stehen, vor welchen jeder über einen Kontinent verfügt".

Was ist "Defaitismus"?

Den Vorwurf des "Defaitismus" weist Reynaud von sich und dreht den Spieß um: de Gaulle habe Frankreichs "europäischen Platz" verspielt und Deutschland überlassen. Die Resultate der gaullistischen Aussenpolitik faßt er folgendermaßen zusammen: Verkünderung der europäischen Integration, Verhinderung der europäischen Integration, Verhinderung der Westalliierten, "mit deren Hilfe wir den ersten Weltkrieg gewonnen haben und die im zweiten Weltkrieg das niedergeschlagene Frankreich wieder aufrichteten", Verärgerung der fünf NATO-Partner über Frankreichs Alleingänge.

Götterdämmerung

Viele Franzosen sympathisieren mit diesem Urteil, unterschreiben es aber nicht in seiner ganzen Schärfe. Verurteilt werden vor allem die brisken Methoden und autoritären Allüren des Präsidenten, nicht aber alle seine aussenpolitischen Zielsetzungen. Auch Gegner des gaullistischen Regimes glauben, daß die Abgrenzung von der alten Form des Atlantikpaktes und die Betonung der französischen Eigenpersönlichkeit "im Zug der Zeit" liegen. Viele Franzosen sind heute überzeugt, daß die Hegemonie der beiden Giganten - USA und UdSSR - kein ewiger Zustand ist und daß die Götterdämmerung der beiden Großen schon begonnen hat. Die Revolten in Kuba und Laos im Ostblock, die koloniale Revolution in Afrika und Lateinamerika und die damit verbundene Entstehung einer weltweiten Dritten Kraft betrachtet man als untrügliche Zeichen dieser neuen Entwicklung.

Wahrscheinlich trägt die besondere geographische und geschichtliche Situation Frankreichs in den fünfziger und sechziger Jahren zu solchen Überlegungen bei; der Zusammenbruch des Kolonialreiches in Asien und Afrika konnte nicht ohne Folgen bleiben, er mußte das französische Bewußtsein aufwühlen und erschüttern.

De Gaulle, der schon früher auf die Eigenständigkeit Frankreichs innerhalb der westlichen Allianz pochte, schon zur Zeit des Kalten Krieges, als die atlantische Disziplin noch durch die unmittelbare Gefahr eines bewaffneten Konfliktes ausser Diskussion stand, sieht nun seine Forderung nach selbständigem Handeln moralisch gerechtfertigt. Freilich fehlen ihm dazu die materiellen Mittel. Und dies ist das Hauptargument seiner Widersacher in Frankreich selbst.